

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 150.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 1914.

Zweite Ausgabe

Freitag, 29. März 1901.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27.  
Telephon Nr. 158.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.  
Telephon-Nr. VIIa Nr. 1404.

### Ein Schweizer Bauerntag.

Am 25. d. Mts. fand zu Brugg im Kanton Argau eine große Bauernversammlung statt, zu der sich über 1500 Bauern einfanden hatten. Ein Beweis, wie lebhaft auch in der Schweiz, dem Lande der Viehjuden, die Viehhaltung, die Viehhaltung der Bauern ist, empfinden wird. Ein Herr Laur, Mitglied des Großen Rates, hielt einen eingehenden Vortrag über die Lage des Landwirtschaftlichen Gewerbes in der Schweiz. Aus demselben geht hervor, daß die Schweizer Landwirthe die vielen Klagen erheben um ihre Verunsicherungen in Deutschland. Wie bei uns, so haben auch in der Schweiz eine immer zunehmende Abwanderung der landlichen Bevölkerung in die Städte und Industriezentren statt. Dort steigen die Gehälter der Angestellten und die Löhne der Arbeiter, während auf dem platten Lande die Preise für die Produkte der Landwirtschaft, also der Arbeitslohn der Bauern, fortwährend sinkt.

Die Schweizer Landwirthe haben es ebensoviele wie die deutschen an Fleiß und intelligenter Wirtschaftsführung fehlen lassen. Die Viehhaltung steht auf sehr hoher Stufe, die Viehhaltungsgenossenschaften sind über das ganze Land verbreitet und können vorzügliche Produkte. Und dennoch reichen alle Anstrengungen der Bauern nicht hin, um auch nur für ihre Reproduktionskosten einen auskömmlichen Ertrag zu erzielen. Ungenügender Schutz gegen die oft illoyalen Konkurrenz, steigende Betriebskosten, hohe Grundsteuern, ungenügende Kreditmittel und ein Erbrecht, welches den Uebernehmer des Bauernhofes zu unerschwinglich hohen Verbindlichkeiten der Miterben und dadurch zu ruinöser Verschuldung zwingt — das sind nach der Schilderung des Redners die Hauptursachen für den erschrecklichen Niedergang der Prospektivität der Schweizer Landwirtschaft.

Wie in Deutschland, so weisen auch in der Schweiz die Landwirthe den wohlmeinendsten Rath logenanter Freunde, welcher sie ausdrücklich auf die Selbsthilfe verweist, entlehnen zurück. Ausdrücklich erklärte Laur, daß die jetzige Wirtschaftslage des Schweizer Bauern, die Schuld daran hat die Abwanderung der Schweizer Bauern, darum verlangen diese jetzt auch die Intervention des Staates zu ihren Gunsten. Die Forderungen, welche sie geltend zu machen haben, formuliert der Redner kurz folgendermaßen: Wirksam Maßregeln gegen die immer mehr sich fühlbar machende Herrschaft des Großkapitals und gegen die Hypothekenspekulation in Getreide und Petroleum; Schulden für die Erzeugung der Volkerei und der Viehhaltung, für Wein und Früchte; Gründung von Instituten, welche zu niedrigen Zinsen den Bauern Kredit geben, Reform des Hypothekensystems und des Erbrechts und Revision der Steuererhebung im Interesse des landlichen Grundbesitzes.

Der Redner fand mit diesen seinen Ausführungen die lebhafteste Zustimmung der zahlreichen Versammlung, insbesondere als er zum Schluß hervorhob, daß die Schweizer Bauern nur dann sich ihre uralte Ehre erklären könnten, wenn sie sich nach dem Beispiele ihrer deutschen Verbrüderungen zu einem großen Lande zusammenschließen.

Dem Redner folgte die That. Der Margauer Bauernverein wird sofort gegründet, seine Statuten sogleich beschlossen.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 29. März.

\* Zum Posttarif war die „Hall. Zig.“ schon gestern in der Lage, gegenüber anderwärts, und um von Anfang an auszugewiesenen Gesetzen, folgende Mittheilung aus der Verfügung der Berliner Informationskommission zu veröffentlichen:

Die Meldung der „Deutschen Tageszeitung“, daß sich in den letzten Tagen an einigen Regierungskreisen ein Umschwung der Auffassungen in der Postfrage vollzogen habe, der Schlimmsten befürchten ließ, sowie die daran geknüpften Hoffnungen, die wir mit uns sicher als Quelle erfahren, durch uns begründet. Inzwischen betraf die Meinungsänderungen in der Sache zwischen den hier in Betracht kommenden Mächten nicht. Die Diskussion in der Verhandlung der Postfrage führt einseitig der Reichsregierung. Die Verhandlungen sind somit abgebrochen, daß das Reichsministerium demnach ein Urtheil abgeben wird.

In Uebereinstimmung mit dieser Information bringt die „Nordd. Allg. Zig.“ heute in hervorragender Schrift folgende Mittheilung:

Auf Grund von Informationen, die von einem Zustande des Scheiterns in den Vorbereitungen für den neuen Posttarif wissen wollen, werden von mehreren konservativen Blättern Besorgnisse geäußert, nach denen sogar ein Ministerwechsel und schwere Krisen nicht auszuschließen wären. Einerseits heißt es, ungenügende Anträge gingen für den Fall der Wählung des Reichstages im Abgeordnetenhaus, mit dessen Einberufung eine Neuorganisation und Vertiefung des Posttariffreue war; andererseits wird gesagt, daß an der Vorbereitung beteiligten Minister seien nicht nicht einig und betrieblen zum Teil Vorschläge, die mit den Erklärungen des Reichstages nicht vereinbar seien. Nach anderer zuverlässiger Kenntnis der Dinge können wir solche Vermuthungen nur als Fiktionen zu betrachten; die Sachverhalte, von denen sie ausgehen, sind falsch. Der Reichstagsminister wird nur, die Entscheidung über die wirtschaftliche Zukunft des Reiches hochwichtigen Posttariffreue von dem Ausgange der Beratungen des preussischen Landtages über die Kanalvorlage irgendwie abhängig zu machen, noch ist er geneigt, in den ihm unterliegenden Minister hochwichtigen Meinungsverschiedenheiten nachkommen zu lassen. Die Minister haben denn auch bereits in ge-

meinsamer Arbeit nach den unüberänderten Direktiven des Reichstages die Aufstellung des neuen Posttarifs so weit vollendet, daß der Zeitpunkt nahe bevorsteht, in dem zunächst das preussische Staatsministerium sein Votum abgegeben hat und demnach die Verhandlungen mit dem Reichsministerium über den Entwurf abgeschlossen sind.

Rechtlich hat sich ja auch gestern der Reichstagsrat selbst im preussischen Senat ausgeprochen. So erkennt es ist, daß die preussische Staatsregierung in ihrer Ueberzeugung, daß die Landwirtschaft gehoben werden müsse, sich trotz aller menschlicherer Durebereiterien nicht im Geringsten bisher hat wanken lassen und auch in Zukunft sich nicht erschüttern lassen wird. So wenig trübselig erscheint uns doch der Ausblick der Reichsregierung bezüglich des Posttarifs, an welchem die Posttariffreue an der Reichstags kommen wird. Die meisten Volkstheile, die auf den verheißenen größeren Posttariffreue, haben betreffs des letzteren nur ein Verlangen: „Der Warte sind genug gewechselt, laßt mich nun endlich Frieden sein!“

\* Eine Kaiserrede. Am gestrigen Vormittage haben das 1. und 2. Bataillon des Kaiser Alexander-Garde-Regiments Nr. 1 ihr altes Heim in der Alexanderstraße zu Berlin verlassen und sind, von ihrem obersten Kriegsherrn, dem Kaiser, persönlich geführt, in die neu erbauten Kasernen in der Prinz-Friedrich-Kasernen eingezogen. Ueber den festlichen Akt wird uns berichtet:

Das Kaiser Alexander-Garde-Regiment Nr. 1 nahm in Parade-Arbeit nach den historischen Grenadiermännern Vormittags 11 Uhr im Volksgarten Parade-Aufstellung. Eine Gattin holte die Fahnen aus dem Schloß. Generaloberst von Kaulne, als Leiter des Regiments, hielt am rechten Flügel. Um 11 1/2 Uhr erfolgte die Parade der Kaiser zu Pferde, das Band des Schwänen Hilarion über dem Mantel, mit dem Feldmarschall, gefolgt von General von Wiesen, General von Scholl und Oberleutnant Freiherrn v. Berg. Die Mannschaften hatten prächtig und riefen: „Der Kaiser tritt die Front des Regiments unter den Fahnen der Kaiserin ab und letzte sich schon an die Spitze.“ Der Kaiser trat die Front des Regiments unter den Fahnen der Kaiserin ab und letzte sich schon an die Spitze.

Alexandriner! Für das Kaiser Alexander-Regiment beginnt heute ein neuer Abschnitt seiner Geschichte. Das Jahr heute an Erinnerungen beim Verlassen der alten Kasernen dort zurückgelassen hat, das möge auch im alten Geiste in der neuen Kasernen fortleben: Erinnerungen an die schönsten Tage des Friedens, wie an die heißen Tage des Kampfes. Wie eine feste Burg nach eure neuen Kasernen in der nächsten Nähe des Schlosses auf, das Jahr in erster Linie zu schützen stets bereit sein werdet. Das Kaiser Alexander-Regiment ist berufen, auszuweisen als Leibwache, Zug und Nachhut bereit zu sein, um für den Kaiser und sein Haus, wenn's gilt, Leben und Blut in die Schanze zu schlagen. Und wenn jemals wieder — (so etwa erinnerte G. Meißner an das systematische und pflichttreue Verhalten des Regiments Alexander von 1813) — in dieser Stadt eine Zeit wie damals kommen sollte, eine Zeit der Auflehnung gegen den König, dann, davon bin ich überzeugt, wird das Regiment Alexander alle Un-Abhängigkeit und Ungehörigkeit wider seinen königlichen Herrn nachdrücklich in die Schranken zurückzuführen. ... Ich wünsche dem Regiment, daß für dasselbe in dem neuen Hause ein glänzendes und schönes Vorleben vor sich abspiele und ihm ein solches für die Zukunft vorbehalten bleibt. Mögen wir allen Dingen die Erinnerungen hochgehalten werden an seine früheren Götter und an seine lebenden Befehlshaber zu diesen. Insbesondere erinnere der Kaiser an während G. Meißner des großen Kaiser Wilhelms Zeit, für den das Regiment im Kriege sein Blut vergossen hat. Diese Erinnerung kann nur gestärkt werden durch Tapferkeit, Treue und unbedingten Gehorsam. Und wenn diese alte Pflicht fortlebt im Regiment, dann werden auch seine Leistungen sich stets die Zufriedenheit seines königlichen Herrn erwerben.“

Nach der Verlesung der neuen Kasernen stand im Mittelpunkt die Ueberreichung eines vom Kaiser gestifteten Geldbetrags (Schlacht von St. Privat) und eine prächtvolle Parade, zu welcher das Regiment eine große Anzahl von Einladungen hatte ergehen lassen.

Der Regimentskommandeur Oberst v. Scheffer brachte sodann das Wort auf den Kaiser aus. Bei dieser Feier konnte er darauf hinweisen, daß das Regiment, das am 21. März 1813 in der Schlacht von St. Privat und die Herren der russischen Kaiserin, die Generalität, die Militärgeheimräthe und der Oberbefehlshaber von Berlin.

\* Zum Aktentat auf den Kaiser in Bremen teleportirt der „Hann. Cour.“ eine ganz ungläubwürdigen Gerüchten, die er ganz unmittebar dem Berliner Hofe und sogar den „konfessionellen Kreisen“ in die Schuhe schiebt. Man erzählt, so meint das Blatt, die Bundes des Reiches sei viel leichter gewesen, als man offiziell habe verlässbar sein lassen. Mit besonderem Eifer teleportirt man das Märchen, der Kaiser sei gar nicht durch ein eigenhändiges Verbot, sei viel mehr auf ihn geschossen worden, und zwar aus einem Fenster mit einem Leuchter; der Aktentat habe an der Stelle, wo der Wagen um die Straßenecke bog und der Menschenmassen gegen langsame fuhr, mit unge-

hörlicher Sicherheit gezielte, und der Kaiser würde auf die nahe Entfernung das Opfer dieses Anfalls geworden sein, wenn nicht bloß die Wange getroffen, sondern die rechte Schläfe getroffen wäre. Der schmale Gehall des Schusses sei im Straßenraum von Niemandem gehört worden. An den Kreisen, wo dieser Aktum erfüllt wird, findet er vielfach Glauben. Die Regenberührung sei an der Arbeit. Es sei deshalb angebracht, daran zu erinnern, daß nach einer auf Geheimnisse von Vergangem zurückzuführenden Meldung der „Nat.-Zig.“ so viel festgelegt sei, daß die Annahme einer Schußverletzung ausgeschlossen sei.

Das letztere haben die „Konfessionellen Kreise“ stets ebenfalls betont. Ob der oben erwähnte Aktist beabsichtigt und getötet wird, wissen wir nicht; aber recht überdrüssig ist es seitens des „Hann. Cour.“, damit die konfessionelle Partei irgendwie in Zusammenhang bringen zu wollen. Nichts denn der „Hann. Cour.“ neuerdings seinen Text auf Kinder und Älteren ein?

\* Der Kaiser hörte gestern Vormittag die Vorträge des Kriegsministers General der Infanterie von Gölter und des Chefs des Militärkabinetts Generaladjutant Generaloberst von Schell. Um 11 1/2 Uhr nahm der Kaiser dem Kaiser Alexander-Garde-Regiments Nr. 1 in seine neue Kasernen und dem darauffolgenden Präsidium im Offizierskasino des Regiments bei.

\* Die Kaiserin Friedrich hat die regelmäßigen Spazierfahrten, welche infolge der in letzter Zeit herrschenden taunen Witterung zeitweilig unterbrochen werden mußten, jetzt wieder in vollem Umfange aufgenommen. Die hohe Frau wird auf diesen Fahrten von der Frau Prinzessin Adolf von Schaumburg-Lothe und dem Herzog von Sagan begleitet. Der Kaiserin Gesundheitszustand der Kaiserin läßt zu Zeit nichts zu wünschen übrig. Am Mittwoch trafen die vier kaiserlichen Prinzen, Söhne des Prinzen Friedrich Karl von Hessen, auf Schloß Friedrichshagen ein, um ihrer Großmutter einen kurzen Besuch zu abhalten. Außerdem weiß gegenwärtig noch die Oberstin des Generaladjutanten der Kaiserin von England, Lady Polono, nicht Leber in unmittelbarer Nähe der Kaiserin Friedrich; beide Damen werden noch einige Zeit auf Schloß Friedrichshagen zubringen.

\* Der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach ist gestern aus München in Stuttgart eingetroffen und am Bahnhof von dem König, dem Prinzen von Sachsen-Weimar und den Prinzen des königlichen Hauses, sowie dem Minister des Reichs, a. Reichsminister von Soden empfangen worden. Nach heftiger Erkrankung haben der König und der Großherzog unter dem Vorzeichen der Menge nach dem Wilhelmshafen, wo Galadiner stattfand. Die Ehrenkompanie stellte das Grenadier-Regiment „Königin“ (1. Bataillon) Nr. 119, die Ehrenkompanie des Dragoner-Regiment „König“ (2. Bataillon) Nr. 26.

Wie uns mitgeteilt wird, ist der Regierungspräsident v. Jagow nunmehr wieder im Senatsoffizier angestellt worden und zwar als Regierungsgesandter in Wien. Durch diese Ernennung ist das Mandat des Herrn v. Jagow nicht erloschen, da dasselbe bereits Regierungspräsident, und zwar in Wien, war. Wie erinnerlich, wurde er wegen seines abweichenden Votums zur Kanalvorlage vor zwei Jahren nebst einer größeren Anzahl von Landräthen zur Disposition gestellt. Um weiteren Konflikten aus dem Wege zu gehen, will Herr v. Jagow, wie wir hören, sein Landtagsmandat niederlegen.

Zur Rehabilitierung des Herrn v. Jagow wird uns aus Berlin geschrieben:

In Berliner politischen Kreisen wird die Ernennung des ehemaligen Regierungspräsidenten von Jagow zum Regierungspräsidenten von Wien, welche die Berliner Regierung hat sich als langjährig Regierungspräsident von Wien bei der Durchführung der deutsch-nationalen Regierungspolitik große Verdienste erworben. Das Herr v. Jagow darf seinen ist, abermals an der Spitze eines mit Polen stark durchsetzten Regierungsbereichs zu wirken, wird hier als ein Beweis dafür angesehen, daß die Staatsregierung gewillt ist, auch ferner eine glückseligste Politik im Schutze des Reichsinteresses in unseren Ostmarkten zu verfolgen.

\* Die Landtagsession wird zweifellos bis weit in den Sommer hineinrauen. Auch abgesehen von den Verhandlungen über die weiterverfügbare Vorlage ist mit einer längeren Dauer der Landtagsession sicher zu rechnen. Das Abgeordnetenhaus hat unmittelbar vor Beginn der Session erst den Gesetzentwurf wegen Organisation der allgemeinen Landesverwaltung für Berlin und Vororte, sowie die Hypothekendarlehen Vorlage besondere Kommissionen überwiesen. Von den nach der Dienreise noch zu überwachenden Regierungsvorlagen wird zweifellos auch die Provinzialabstimmungsfrage, als die Nebenabstimmungs einer kommunalen Verwaltung unterzogen werden; daselbst gilt von dem in den letzten Tagen mit Unterfertigung der beiden konservativen Fraktionen und eines Theiles des Centrums eingetragenen Gesetzentwurf wegen Förderung der allgemeinen Konvention und die Entscheidung über den Antrag des Grafen Dönhoff betreffend Wählrecht gegen die kaiserlichen Verfügungen des Reichstages. Es werden außer der Kommission für die wirtschaftliche Vorlage nicht weniger als 6 Kommissionen zu taugen haben. Wieviel hält man überdies aus die Vorlage zum Vergehe wegen der darin enthaltenen juristischen, technischen und Einzelfragen einer gemeinsamen Vorbereitung für bedürftig. Endlich sind die Berichte der besonderen Kommissionen zur Vorbereitung des Antrages Herold wegen ander-





